

Marxistische und österreichische Klassenanalyse

von **Hans-Hermann Hoppe**

*Fachbereich Wirtschaftswissenschaften
Universität von Nevada, Las Vegas*

Ich möchte in dieser Arbeit folgendes tun: Zuerst die Thesen präsentieren, die den harten Kern der marxistischen Geschichtstheorie ausmachen. Ich behaupte, dass sie alle im Wesentlichen korrekt sind. Dann werde ich zeigen, wie diese wahren Thesen im Marxismus von einem falschen Ausgangspunkt abgeleitet werden. Schließlich werde ich zeigen, wie die österreichische Schule in der Mises-Rothbard-Tradition eine korrekte, aber kategorisch andere Erklärung für ihre Gültigkeit geben kann.

Lassen Sie mich mit dem harten Kern des marxistischen Glaubenssystems beginnen:¹

(1) „Die Geschichte der Menschheit ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“² Es ist die Geschichte der Kämpfe zwischen einer relativ kleinen herrschenden Klasse und einer größeren Klasse der Ausgebeuteten. Die primäre Form der Ausbeutung ist wirtschaftlich: Die herrschende Klasse enteignet einen Teil der produktiven Leistung der Ausgebeuteten oder, wie Marxisten sagen, „sie eignet sich ein soziales Mehrprodukt an“ und nutzt es für ihre eigenen Konsumzwecke.

(2) Die herrschende Klasse ist durch ihr gemeinsames Interesse an der Aufrechterhaltung ihrer ausbeuterischen Position und der Maximierung ihres ausbeuterisch angeeigneten Überschussprodukts vereint. Sie verzichtet nie absichtlich auf Macht- oder Ausbeutungseinkommen. Stattdessen muss ihr jeder Macht- oder Einkommensverlust durch Kämpfe abgerungen werden, deren Ausgang letztlich vom Klassenbewusstsein der Ausgebeuteten abhängt, d.h. davon, ob und inwieweit die Ausgebeuteten sich ihres eigenen Status bewusst sind und bewusst mit anderen Klassenmitgliedern im gemeinsamen Widerstand gegen die Ausbeutung vereint sind.

(3) Die Klassenherrschaft manifestiert sich in erster Linie in spezifischen Vereinbarungen über die Abtretung von Eigentumsrechten oder, in der marxistischen Terminologie, in spezifischen „Produktionsverhältnissen“. Um diese Arrangements oder Produktionsverhältnisse zu schützen, bildet und beherrscht die herrschende Klasse den Staat als Apparat des Zwanges und der Nötigung. Der Staat erzwingt und hilft, eine bestimmte Klassenstruktur durch die Verwaltung eines Systems der „Klassengerechtigkeit“ zu reproduzieren, und er hilft bei der Schaffung und Unterstützung eines ideologischen Überbaus, der der Existenz der Klassenherrschaft Legitimität verleihen soll.

(4) Intern erzeugt der Wettbewerbsprozess innerhalb der herrschenden Klasse eine Tendenz zu zunehmender Konzentration und Zentralisierung. Ein multipolares Ausbeutungssystem wird allmählich durch ein oligarchisches oder monopolistisches ersetzt. Immer weniger Ausbeutungszentren bleiben in Betrieb, und diejenigen, die dies tun, werden zunehmend in eine hierarchische Ordnung integriert. Und nach außen, z.B. innerhalb des internationalen Systems,

wird dieser interne Zentralisierungsprozess (je intensiver er ist, desto fortgeschrittener ist er) zu imperialistischen zwischenstaatlichen Kriegen und zur territorialen Ausweitung der Ausbeutungsherrschaft führen.

(5) Schließlich wird die Klassenherrschaft mit der Zentralisierung und Ausweitung der ausbeuterischen Herrschaft, die sich allmählich ihrer ultimativen Grenze der Weltherrschaft nähert, zunehmend unvereinbar mit der weiteren Entwicklung und Verbesserung der „Produktivkräfte“. Wirtschaftliche Stagnation und Krisen werden immer charakteristischer und schaffen die „objektiven Bedingungen“ für die Entstehung eines revolutionären Klassenbewusstseins der Ausgebeuteten. Die Situation wird reif für die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft, das „Absterben des Staates“, „die Ersetzung der Regierung der Menschen über die Menschen durch die Verwaltung der Dinge“³ und infolgedessen für nie dagewesenen wirtschaftlichen Wohlstand.

All diese Thesen sind absolut vertretbar, wie ich zeigen werde. Unglücklicherweise hat jedoch gerade der Marxismus, der sich alle diese Grundsätze zu eigen macht, mehr als jedes andere ideologische System dazu beigetragen, ihre Gültigkeit zu diskreditieren, indem er sie aus einer offenkundig absurden Theorie der Ausbeutung ableitete.

Was ist diese marxistische Ausbeutungstheorie? Nach Marx sind vorkapitalistische Gesellschaftssysteme wie Sklaverei und Feudalismus durch Ausbeutung gekennzeichnet. Darüber gibt es keinen Streit. Schließlich ist der Sklave kein freier Arbeiter und es kann nicht behauptet werden, dass er davon profitiert, versklavt zu werden. Vielmehr reduziert seine Versklavung seinen Nutzen auf Kosten einer Zunahme des vom Sklavenhalter angeeigneten Reichtums. Das Interesse des Sklaven und das des Sklavenbesitzers sind in der Tat antagonistisch. Dasselbe gilt für die Interessen des Feudalherrn, der von einem Bauern, der auf eigenem Land arbeitet, eine Grundrente bezieht. Die Gewinne des Herrn sind die Verluste des Bauern. Und es ist auch unbestritten, dass sowohl Sklaverei als auch Feudalismus die Entwicklung der Produktivkräfte behindern. Weder Sklave noch Leibeigener werden so produktiv sein, wie sie es ohne Sklaverei oder Leibeigenschaft wären.

Aber die wirklich neue marxistische Idee ist, dass sich an der Ausbeutung im Kapitalismus im Wesentlichen nichts ändert, d.h. wenn der Sklave ein freier Arbeiter wird oder wenn der Bauer beschließt, Land zu bewirtschaften*, das von jemand anderem bewirtschaftet wird, und dafür eine Pacht zahlt. Sicherlich gibt Marx im berühmten 24. Kapitel des ersten Bandes seines *Kapitals* mit dem Titel „Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation“ einen historischen Bericht über die Entstehung des Kapitalismus, der darauf hinweist, dass ein Großteil oder sogar der größte Teil des ursprünglichen kapitalistischen Eigentums das Ergebnis von Eroberung, Unterjochung und Raubmord ist. Ebenso wird in Kapitel 25 über die „Moderne Theorie des Kolonialismus“ die Rolle von Zwang und Gewalt beim Export des Kapitalismus in die – wie wir jetzt sagen würden – Dritte Welt stark betont. Zugegeben, all dies ist im Allgemeinen richtig, und insofern kann es keinen Streit geben, einen solchen Kapitalismus als ausbeuterisch zu bezeichnen. Dennoch sollte man sich der Tatsache bewusst sein, dass Marx hier einen Trick

* Der originale englischsprachige Begriff lautet „Homesteading“. Damit ist das Vermischen der eigenen Arbeit mit zuvor von niemandem beanspruchten Gütern bzw. Land gemeint. Der deutsche Begriff „Bewirtschaftung“ wird mehrdeutig verwendet, aber in diesem Kontext ist immer das Prinzip des „Homesteading“ gemeint (Anm.d.Übers.)

anwendet. Indem er sich mit historischen Untersuchungen beschäftigt und die Empörung des Lesers über die Brutalitäten weckt, die der Bildung vieler kapitalistischer Vermögen zugrunde liegen, weicht er tatsächlich der vorliegenden Frage und damit der Tatsache aus, dass seine These in Wirklichkeit eine ganz andere ist: dass nämlich auch im sozusagen „sauberen“ Kapitalismus, d.h. in einem System, in dem die ursprüngliche Aneignung des Kapitals das Ergebnis von nichts anderem als Bewirtschaftung, Arbeit und Erspartem war, der Kapitalist, der Arbeitskräfte anheuert, um mit diesem Kapital beschäftigt zu werden, dennoch an der Ausbeutung beteiligt wäre. In der Tat betrachtete Marx den Beweis dieser These als seinen wichtigsten Beitrag zur ökonomischen Analyse.

Sein Beweis für den ausbeuterischen Charakter eines sauberen Kapitalismus besteht in der Feststellung, dass die Faktorpreise, insbesondere die vom Kapitalisten an die Arbeiter gezahlten Löhne, niedriger sind als die Produktionspreise. Dem Arbeiter wird zum Beispiel ein Lohn gezahlt, der Konsumgüter darstellt, die in drei Tagen produziert werden können, aber er arbeitet tatsächlich fünf Tage für seinen Lohn und produziert ein Ergebnis von Konsumgütern, das das übersteigt, was er als Vergütung erhält. Die Produktion der zwei zusätzlichen Tage, der Mehrwert in der marxistischen Terminologie, wird vom Kapitalisten angeeignet. Folglich gibt es laut Marx Ausbeutung.⁴

Was ist falsch an dieser Analyse?⁵ Die Antwort wird offensichtlich, wenn man fragt, warum der Arbeiter einer solchen Vereinbarung möglicherweise zustimmen würde! Er stimmt zu, weil seine Lohnzahlung gegenwärtige Waren darstellt – während seine eigenen Arbeitsdienstleistungen nur zukünftige Waren darstellen – und er gegenwärtige Waren höher schätzt. Schließlich könnte er auch beschließen, seine Arbeitsleistungen nicht an den Kapitalisten zu verkaufen und dann den „vollen Wert“ seiner Produktion selbst zu ernten. Aber das würde natürlich bedeuten, dass er länger warten müsste, bis ihm irgendwelche Konsumgüter zur Verfügung stehen. Mit dem Verkauf seiner Arbeitsleistung zeigt er, dass er eine kleinere Menge an Konsumgütern jetzt einer möglicherweise größeren Menge zu einem späteren Zeitpunkt vorzieht. Andererseits, warum sollte der Kapitalist mit dem Arbeiter ein Abkommen schließen wollen? Warum sollte er dem Arbeiter präsentierte Waren (Geld) im Austausch für Dienstleistungen vorschießen wollen, die erst später Früchte tragen? Offensichtlich würde er zum Beispiel nicht jetzt 100 Dollar auszahlen wollen, wenn er in einem Jahr den gleichen Betrag erhalten würde. Warum sollte man es dann nicht einfach ein Jahr lang behalten und den zusätzlichen Vorteil nutzen, dass man während der gesamten Zeit die tatsächliche Kontrolle darüber hat? Stattdessen muss er erwarten, dass er in der Zukunft eine größere Summe als 100 Dollar erhält, um jetzt auf 100 Dollar in Form von Löhnen an den Arbeiter zu verzichten. Er muss damit rechnen, einen Gewinn oder richtiger eine Zinsrendite erzielen zu können. Und er wird durch die Zeitpräferenz, d.h. die Tatsache, dass ein Akteur stets frühere Güter gegenüber späteren bevorzugt, auf eine weitere Weise eingeschränkt. Denn wenn man eine größere Summe in der Zukunft erhalten kann, indem man eine kleinere in der Gegenwart opfert, warum spart der Kapitalist dann nicht mehr, als er es tatsächlich tut? Warum stellt er nicht mehr Arbeiter ein, wenn jeder von ihnen eine zusätzliche Zinsrendite verspricht? Die Antwort sollte wieder offensichtlich sein: Weil der Kapitalist auch ein Konsument ist und gar nicht anders kann, als einer zu sein. Die Höhe seiner Ersparnisse und Investitionen wird durch die Notwendigkeit begrenzt, dass auch er, wie der Arbeiter, einen Vorrat an gegenwärtigen Gütern benötigt, „der groß genug ist, um die Befriedigung all jener

Bedürfnisse zu sichern, deren Befriedigung während der Wartezeit als dringender angesehen wird als die Vorteile, die eine noch größere Verlängerung der Produktionszeit bieten würde.“⁶

Was an Marx' Ausbeutungstheorie also falsch ist, ist, dass er das Phänomen der Zeitpräferenz nicht als universelle Kategorie menschlichen Handelns versteht.⁷ Dass der Arbeiter seinen „vollen Wert“ nicht erhält, hat nichts mit Ausbeutung zu tun, sondern spiegelt lediglich die Tatsache wider, dass es für den Menschen unmöglich ist, zukünftige Waren gegen gegenwärtige auszutauschen, außer mit einem Abschlag. Im Gegensatz zum Fall von Sklave und Sklavenhalter, wo letzterer auf Kosten des ersteren profitiert, ist das Verhältnis zwischen dem freien Arbeiter und dem Kapitalisten ein für beide Seiten vorteilhaftes. Der Arbeiter tritt in den Vertrag ein, weil er aufgrund seiner Zeitpräferenz eine kleinere Menge gegenwärtiger Waren gegenüber einer größeren Menge zukünftiger Waren bevorzugt; und der Kapitalist tritt in ihn ein, weil er aufgrund seiner Zeitpräferenz eine umgekehrte Präferenzreihenfolge hat und eine größere zukünftige Warenmenge höher einstuft als eine kleinere gegenwärtige. Ihre Interessen sind nicht antagonistisch, sondern harmonisch. Ohne die Erwartung des Kapitalisten einer Zinsrendite wäre der Arbeiter schlechter dran, weil er länger warten müsste, als er zu warten wünscht; und ohne die Vorliebe des Arbeiters für gegenwärtige Waren wäre der Kapitalist schlechter dran, weil er auf weniger Umwege und weniger effiziente Produktionsmethoden zurückgreifen müsste, als er sich wünscht. Auch das kapitalistische Lohnsystem kann nicht als Hindernis für die Weiterentwicklung der Produktivkräfte angesehen werden, wie Marx behauptet. Wenn es dem Arbeiter nicht erlaubt wäre, seine Arbeitsleistungen zu verkaufen und dem Kapitalisten, sie zu kaufen, wäre die Produktion nicht höher, sondern niedriger, weil die Produktion mit relativ reduzierten Niveaus der Kapitalakkumulation stattfinden müsste.

In einem System der vergesellschafteten Produktion würde die Entwicklung der Produktivkräfte, ganz im Gegensatz zu Marx' Behauptung, keine neuen Höhen erreichen, sondern dramatisch sinken.⁸ Denn natürlich muss die Kapitalakkumulation von bestimmten Individuen zu bestimmten Punkten in Zeit und Raum durch Bewirtschaftung, Produzieren und/oder Sparen erbracht werden. In jedem Fall wird sie mit der Erwartung herbeigeführt, dass es zu einer Steigerung der Produktion zukünftiger Waren führen wird. Der Wert, den ein Akteur seinem Kapital beimisst, spiegelt den Wert wider, den er allen erwarteten zukünftigen Einnahmen beimisst, die auf seine Zusammenarbeit zurückzuführen sind und durch seine Zeitpräferenz abgezinst werden. Wird einem Akteur, wie im Falle kollektiver Produktionsfaktoren, nicht mehr die ausschließliche Kontrolle über sein akkumuliertes Kapital und damit über die aus seiner Verwendung zu erzielenden zukünftigen Einkünfte eingeräumt, sondern die teilweise Kontrolle an Nicht-Bewirtschafter, Nicht-Produzenten und Nicht-Sparer übertragen, so verringert sich für ihn der Wert der erwarteten Einkünfte und damit der Investitionsgüter. Seine effektive Zeitpräferenz wird steigen. Es wird weniger Bewirtschaftung von Ressourcen geben, deren Knappheit erkannt wird und weniger Einsparungen für die Erhaltung bestehender und die Produktion neuer Investitionsgüter. Die Produktionszeit, die Vollständigkeit der Produktionsstruktur, wird verkürzt, und es kommt zu einer relativen Verarmung.

Wenn Marx' Theorie der kapitalistischen Ausbeutung und seine Ideen, wie man die Ausbeutung beenden und universellen Wohlstand schaffen kann, so falsch sind, dass sie lächerlich sind, dann ist klar, dass jede Geschichtstheorie, die daraus abgeleitet werden kann, auch falsch sein muss. Oder wenn sie richtig sein sollte, muss sie falsch abgeleitet worden sein. Anstatt

durch die langwierige Aufgabe zu gehen, alle Mängel des marxistischen Arguments zu erklären, wie es von seiner Theorie der kapitalistischen Ausbeutung ausgeht und mit der Theorie der Geschichte endet, die ich zuvor beschrieben habe, werde ich eine Abkürzung nehmen. Ich werde nun in kürzester Form die korrekte österreichische, misesianisch-rothbardianische Ausbeutungstheorie skizzieren; eine erklärende Skizze geben, wie diese Theorie aus der Klassentheorie der Geschichte Sinn ergibt; und auf dem Weg einige wichtige Unterschiede zwischen dieser Klassentheorie und der marxistischen aufzeigen und auch einige intellektuelle Verwandtschaften zwischen der österreichischen Schule und dem Marxismus aufzeigen, die sich aus ihrer gemeinsamen Überzeugung ergeben, dass es tatsächlich so etwas wie Ausbeutung und eine herrschende Klasse gibt.⁹

Der Ausgangspunkt für die österreichische Ausbeutungstheorie ist klar und einfach, wie es sein sollte. Tatsächlich wurde es bereits durch die Analyse der marxistischen Theorie festgestellt: Ausbeutung charakterisierte das Verhältnis zwischen Sklaven und Sklavenhalter sowie Leibeigenem und Feudalherrn. Aber unter einem sauberen Kapitalismus war keine Ausbeutung möglich. Was ist der Hauptunterschied zwischen diesen beiden Fällen? Die Antwort lautet: die Anerkennung oder Nichtanerkennung des Bewirtschaftungsprinzips. Der Bauer im Feudalismus wird ausgebeutet, weil er nicht die alleinige Verfügungsgewalt über das von ihm bewirtschaftete Land hat, und der Sklave, weil er nicht die alleinige Verfügungsgewalt über seinen eigenen bewirtschafteten Körper hat. Wenn hingegen jeder die ausschließliche Verfügungsgewalt über seinen eigenen Körper hat (also ein freier Arbeiter ist) und nach dem Prinzip der Bewirtschaftung handelt, kann es keine Ausbeutung geben. Es ist logisch absurd zu behaupten, dass eine Person, die Güter selbst bewirtschaftet, die zuvor von niemand anderem bewirtschaftet wurden, oder die diese Güter für die Produktion zukünftiger Güter verwendet, oder die gegenwärtig selbst bewirtschaftete oder produzierte Güter spart, um das zukünftige Angebot an Gütern zu erhöhen, dadurch jemanden ausbeuten könnte. In diesem Prozess wurde niemandem etwas weggenommen, und es wurden tatsächlich zusätzliche Güter erstellt. Und es wäre ebenso absurd zu behaupten, dass eine Vereinbarung zwischen verschiedenen Bewirtschaftern, Sparern und Produzenten über ihre nicht ausbeuterisch angeeigneten Güter oder Dienstleistungen möglicherweise ein falsches Spiel enthalten könnte. Stattdessen findet die Ausbeutung immer dann statt, wenn eine *Abweichung* vom Bewirtschaftungsprinzip auftritt. Ausbeutung tritt immer dann auf, wenn eine Person erfolgreich die teilweise oder vollständige Kontrolle über knappe Ressourcen beansprucht, die sie nicht selbst bewirtschaftet, gespart oder produziert hat und die sie nicht vertraglich von einem früheren Produzenten-Eigentümer erworben hat. Ausbeutung ist die Enteignung von Bewirtschaftern, Produzenten und Sparern durch spätere Nicht-Bewirtschaftler, Nicht-Produzenten, Nicht-Sparer und Nicht-Auftragnehmer; es ist die Enteignung von Menschen, deren Eigentumsansprüche auf Arbeit und Vertrag beruhen, von Menschen, deren Ansprüche aus dem Nichts stammen und die die Arbeit und Verträge anderer missachten.¹⁰

Unnötig zu sagen, dass die so definierte Ausbeutung tatsächlich ein integraler Bestandteil der Menschheitsgeschichte ist. Man kann Reichtum entweder durch Bewirtschaftung, Produktion, Sparen oder Auftragsvergabe erwerben und vermehren oder durch die Enteignung von Bewirtschaftern, Produzenten, Sparern oder Auftragnehmern. Es gibt keine anderen Möglichkeiten. Beide Methoden sind für den Menschen natürlich. Neben der Bewirtschaftung, der Produktion und der Auftragsvergabe gab es schon immer auch nicht-produktiven und nicht-

vertraglichen Eigentumserwerb. Und im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung, so wie Produzenten und Auftragnehmer Firmen, Unternehmen und Konzerne bilden können, so können Ausbeuter große Ausbeutungsunternehmen, Regierungen und Staaten schaffen. Die herrschende Klasse (die wiederum intern geschichtet sein kann) setzt sich zunächst aus den Mitgliedern einer solchen Ausbeutungsfirma zusammen. Und wenn sich eine herrschende Klasse über ein bestimmtes Territorium etabliert hat und die wirtschaftlichen Ressourcen einer Klasse ausgebeuteter Produzenten enteignet, wird das Zentrum der Geschichte tatsächlich zum Kampf zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten. Die Geschichte ist also, wenn sie richtig erzählt wird, im Wesentlichen die Geschichte der Siege und Niederlagen der Herrschenden bei ihrem Versuch, das ausbeuterisch angeeignete Einkommen zu maximieren, und der Beherrschten bei ihren Versuchen, dieser Tendenz zu widerstehen und sie umzukehren. In dieser Einschätzung der Geschichte stimmen Österreicher und Marxisten überein, weshalb eine bemerkenswerte intellektuelle Affinität zwischen der österreichischen und marxistischen Geschichtsforschung besteht. Beide wenden sich gegen eine Geschichtsschreibung, die nur Handlung oder Interaktion, ökonomisch und moralisch gleichwertig, anerkennt; und beide wenden sich gegen eine Geschichtsschreibung, die statt eines solchen wertneutralen Standpunktes meint, die eigenen willkürlich eingeführten subjektiven Werturteile als Folie für ihre historischen Erzählungen heranziehen zu müssen. Vielmehr muss die Geschichte in Bezug auf Freiheit und Ausbeutung, Schmarotzertum und wirtschaftliche Verarmung, Privateigentum und dessen Zerstörung erzählt werden – sonst wird sie falsch erzählt.¹¹

Während produktive Unternehmen aufgrund von freiwilliger Unterstützung oder deren Fehlen entstehen oder verschwinden, kommt eine herrschende Klasse nie an die Macht, weil es eine Nachfrage nach ihr gibt, noch tritt sie zurück, wenn der Rücktritt nachweislich gefordert wird. Man kann beim besten Willen nicht behaupten, dass Bewirtschafter, Produzenten, Sparer und Auftragnehmer ihre eigene Enteignung gefordert haben. Sie müssen dazu gezwungen werden und das beweist eindeutig, dass das ausbeutende Unternehmen überhaupt nicht gefragt ist. Man kann auch nicht sagen, dass eine herrschende Klasse gestürzt werden kann, indem man auf Transaktionen mit ihr verzichtet, so wie man ein produktives Unternehmen stürzen kann. Denn die herrschende Klasse erwirtschaftet ihr Einkommen durch nicht-produktive und nicht-vertragliche Transaktionen und bleibt somit von Boykotten unberührt. Vielmehr ist das, was den Aufstieg eines Ausbeuterunternehmens ermöglicht und was es wiederum zu Fall bringen kann, ein bestimmter Zustand der öffentlichen Meinung oder, in marxistischer Terminologie, ein bestimmter Zustand des Klassenbewusstseins.

Ein Ausbeuter schafft Opfer und Opfer sind potenzielle Feinde. Es ist möglich, dass dieser Widerstand mit Gewalt dauerhaft gebrochen werden kann, wie z.B. im Fall einer Gruppe von Männern, die eine andere, etwa gleich große Gruppe ausbeutet. Es ist jedoch mehr als nur Gewalt erforderlich, um die Ausbeutung einer Bevölkerung um ein Vielfaches der eigenen Größe auszuweiten. Damit dies geschieht, muss ein Unternehmen auch über öffentliche Unterstützung verfügen. Eine Mehrheit der Bevölkerung muss die ausbeuterischen Handlungen als legitim akzeptieren. Diese Akzeptanz kann von aktiver Begeisterung bis hin zu passiver Resignation reichen. Es muss sich jedoch um eine Akzeptanz in dem Sinne handeln, dass eine Mehrheit den Gedanken aufgegeben hat, sich aktiv oder passiv gegen jeden Versuch zu wehren, nicht-produktiven und nicht-vertraglichen Eigentumserwerb durchzusetzen. Das Klassenbewusstsein

muss niedrig, unentwickelt und vage sein. Nur solange dieser Zustand anhält, kann ein ausbeuterisches Unternehmen gedeihen, auch wenn keine tatsächliche Nachfrage danach besteht. Nur wenn und soweit die Ausgebeuteten und Enteigneten eine klare Vorstellung von ihrer eigenen Situation entwickeln und sich mit anderen Mitgliedern ihrer Klasse durch eine ideologische Bewegung zusammenschließen, die der Idee einer klassenlosen Gesellschaft, in der alle Ausbeutung abgeschafft ist, Ausdruck verleiht, kann die Macht der herrschenden Klasse gebrochen werden. Nur wenn und soweit sich eine Mehrheit der ausgebeuteten Öffentlichkeit bewusst in eine solche Bewegung integriert und dementsprechend eine gemeinsame Empörung über jeden unproduktiven oder außervertraglichen Eigentumserwerb an den Tag legt, eine gemeinsame Verachtung für jeden zeigt, der solche Handlungen vornimmt, und bewusst nichts zu ihrem Erfolg beiträgt (ganz zu schweigen davon, sie aktiv zu behindern), kann ihre Macht zum Einsturz gebracht werden.

Die allmähliche Abschaffung der feudalen und absolutistischen Herrschaft und der Aufstieg der zunehmend kapitalistischen Gesellschaften in Westeuropa und den Vereinigten Staaten – begleitet von einem nie dagewesenen Wirtschaftswachstum und einer steigenden Bevölkerungszahl – war das Ergebnis eines wachsenden Klassenbewusstseins unter den Ausgebeuteten, die durch die Doktrinen der natürlichen Rechte und des Liberalismus ideologisch zusammengehalten wurden. Darin sind sich Österreicher und Marxisten einig.¹² Sie sind sich jedoch nicht einig, ob die Umkehrung dieses Liberalisierungsprozesses und die seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts stetig zunehmende Ausbeutung in diesen Gesellschaften, die seit dem Ersten Weltkrieg besonders ausgeprägt ist, das Ergebnis eines Verlustes des Klassenbewusstseins sind. In der Tat muss der Marxismus nach österreichischer Auffassung einen Großteil der Schuld für diese Entwicklung auf sich nehmen, indem er die Aufmerksamkeit vom korrekten Ausbeutungsmodell des Bewirtschafter-Produzenten-Sparer-Auftragnehmer gegenüber dem Nicht-Bewirtschafter-Produzenten-Sparer-Auftragnehmer auf das trügerische Modell des Lohnempfängers gegenüber dem Kapitalisten lenkt und so die Dinge durcheinander bringt.¹³

Die Etablierung einer herrschenden Klasse über eine ausgebeutete Klasse, die um ein Vielfaches größer ist als sie selbst, durch Zwang und Manipulation der öffentlichen Meinung, d.h. ein geringes Klassenbewusstsein der Ausgebeuteten, findet ihren grundlegenden institutionellen Ausdruck in der Schaffung eines Systems des öffentlichen Rechts, das dem Privatrecht übergeordnet ist. Die herrschende Klasse grenzt sich ab und schützt ihre Position als herrschende Klasse, indem sie eine Verfassung für die Tätigkeit ihres Unternehmens verabschiedet. Einerseits schafft eine Verfassung ein gewisses Maß an rechtlicher Stabilität, indem sie die internen Abläufe innerhalb des Staatsapparates sowie dessen Beziehungen zur ausgebeuteten Bevölkerung formalisiert. Je mehr vertraute und beliebte Begriffe des Privatrechts in das Verfassungs- und öffentliche Recht aufgenommen werden, desto positiver wird die Öffentlichkeit gegenüber der Existenz des Staates eingestellt sein. Andererseits formalisiert jedes Verfassungs- und öffentliches Recht auch den Immunstatus der herrschenden Klasse in Bezug auf das Bewirtschaftungsprinzip. Es formalisiert das Recht der Vertreter des Staates, nicht-produktiven und nicht-vertraglichen Eigentumserwerb zu betreiben, und die letztendliche Unterordnung des privaten Rechts unter das öffentliche Recht. Die Klassenjustiz, d.h. eine Reihe von Gesetzen für die Herrschenden und eine andere für die Beherrschten, kommt in diesem Dualismus von öffentlichem und privatem Recht sowie in der Vorherrschaft und dem Eindringen des

öffentlichen Rechts in das private Recht zum Tragen. Klassengerechtigkeit wird nicht dadurch hergestellt, dass Privateigentumsrechte gesetzlich anerkannt werden, wie Marxisten meinen. Vielmehr entsteht Klassengerechtigkeit genau dann, wenn eine rechtliche Unterscheidung zwischen einer Klasse von Personen, die nach öffentlichem Recht handelt und von diesem geschützt wird, und einer anderen Klasse, die nach einem untergeordneten Privatrecht handelt und von diesem geschützt wird, besteht. Genauer gesagt, die Grundaussage der marxistischen Theorie des Staates ist falsch. Der Staat ist nicht deshalb ausbeuterisch, weil er die Eigentumsrechte der Kapitalisten schützt, sondern weil er selbst von der Beschränkung befreit ist, Eigentum produktiv und vertraglich erwerben zu müssen.¹⁴

Trotz dieses grundlegenden Missverständnisses gelangt der Marxismus, weil er den Staat korrekt als ausbeuterisch interpretiert (im Gegensatz z. B. zur Public-Choice-Schule, die ihn als normales Unternehmen unter anderen betrachtet)¹⁵, zu einigen wichtigen Einsichten in Bezug auf die Logik des staatlichen Handelns. Zum einen erkennt er die strategische Funktion umverteilender staatlicher Politik an. Als ausbeuterisches Unternehmen muss der Staat zu jeder Zeit an einem niedrigen Grad an Klassenbewusstsein unter den Beherrschten interessiert sein. Die Umverteilung von Eigentum und Einkommen ist das Mittel des Staates, um die Bevölkerung zu spalten und die Herausbildung eines einheitlichen Klassenbewusstseins unter den Ausgebeuteten zu verhindern. Darüber hinaus ist die Umverteilung der Staatsmacht selbst durch die Demokratisierung der Staatsverfassung und die Öffnung aller Herrschaftspositionen für jedermann und die Gewährung von Mitspracherechten bei der Bestimmung des Staatsapparats und der Politik eigentlich ein Mittel, um den Widerstand gegen die Ausbeutung als solche zu verringern. Zweitens ist der Staat in der Tat, wie die Marxisten es sehen, das große Zentrum der ideologischen Propaganda und Mystifizierung: Ausbeutung ist in Wirklichkeit Freiheit; Steuern sind in Wirklichkeit freiwillige Beiträge; nicht-vertragliche Beziehungen sind in Wirklichkeit „begrifflich“ vertragliche; niemand wird von irgendjemandem beherrscht, sondern wir alle beherrschen uns selbst; ohne den Staat gäbe es weder Recht noch Sicherheit; die Armen würden zugrunde gehen, usw. All dies ist Teil des ideologischen Überbaus, der darauf abzielt, eine zugrunde liegende Basis der wirtschaftlichen Ausbeutung zu legitimieren.¹⁶ Und schließlich haben die Marxisten auch Recht, wenn sie die enge Verbindung zwischen Staat und Wirtschaft, insbesondere der Bankenelite, bemerken – auch wenn ihre Erklärung dafür fehlerhaft ist. Der Grund dafür ist nicht, dass das bürgerliche Establishment den Staat als Garanten der privaten Eigentumsrechte und des Vertragswesens sieht und unterstützt. Im Gegenteil, das Establishment nimmt den Staat zu Recht als die eigentliche Antithese zum Privateigentum wahr, die es ist, und interessiert sich aus diesem Grund sehr dafür. Je erfolgreicher ein Unternehmen ist, desto größer ist die potenzielle Gefahr staatlicher Ausbeutung, aber desto größer sind auch die potenziellen Gewinne, die erzielt werden können, wenn es unter den besonderen Schutz des Staates gestellt und von der vollen Last des kapitalistischen Wettbewerbs befreit wird. Aus diesem Grund ist die Wirtschaft am Staat und seiner Unterwanderung interessiert. Die herrschende Elite wiederum ist aufgrund ihrer Finanzkraft an einer engen Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsestablishment interessiert. Insbesondere die Bankenelite ist von Interesse, da der Staat als ausbeuterisches Unternehmen natürlich völlige Autonomie bei der Geldfälschung haben möchte. Indem er der Bankenelite anbietet, sie in ihre eigenen Fälschungsaktivitäten einzubeziehen und ihnen zu erlauben, zusätzlich zu den eigenen gefälschten Banknoten im

Rahmen eines Systems des Teilreserve-Bankwesens zu fälschen, kann der Staat dieses Ziel leicht erreichen und ein System von staatlich monopolisiertem Geld und kartellisiertem Bankwesen unter Kontrolle der Zentralbank einrichten. Und durch diese direkte Fälschungsverbindung mit dem Bankensystem und damit den Großkunden der Banken erstreckt sich die herrschende Klasse tatsächlich weit über den Staatsapparat hinaus bis zu den Nervenzentren der Zivilgesellschaft – zumindest dem Anschein nach nicht viel anders als das Bild, das Marxisten gerne von der Zusammenarbeit zwischen Banken, Wirtschaftseliten und dem Staat zeichnen.¹⁷

Der Wettbewerb innerhalb der herrschenden Klasse und zwischen verschiedenen herrschenden Klassen führt zu einer Tendenz der zunehmenden Konzentration. Darin liegt der Marxismus richtig. Seine fehlerhafte Ausbeutungstheorie führt ihn jedoch wieder dazu, die Ursache für diese Tendenz am falschen Ort zu suchen. Der Marxismus sieht eine solche Tendenz als dem kapitalistischen Wettbewerb inhärent an. Doch gerade solange die Menschen in einem sauberen Kapitalismus tätig sind, ist der Wettbewerb *keine* Form der Nullsummen-Interaktion. Die Bewirtschafter, die Produzenten, die Sparer und die Auftragnehmer profitieren nicht auf Kosten eines anderen. Ihre Gewinne lassen entweder den physischen Besitz eines anderen völlig unberührt oder sie implizieren tatsächlich gegenseitige Gewinne (wie bei allen vertraglichen Tauschgeschäften). Der Kapitalismus kann somit den Anstieg des absoluten Reichtums erklären. Aber unter diesem Regime kann nicht von einer systematischen Tendenz zur relativen Konzentration gesprochen werden.¹⁸ Stattdessen prägen Nullsummen-Interaktionen nicht nur die Beziehung zwischen Herrscher und Beherrschten, sondern auch zwischen konkurrierenden Herrschern. Ausbeutung, definiert als nicht-produktiver und nicht-vertraglicher Eigentumserwerb, ist nur möglich, solange es etwas gibt, das angeeignet werden kann. Gäbe es jedoch einen freien Wettbewerb im Geschäft der Ausbeutung, bliebe offensichtlich nichts mehr übrig, um zu enteignen. Die Ausbeutung erfordert also ein Monopol über ein bestimmtes Territorium und eine bestimmte Bevölkerung; und der Wettbewerb zwischen den Ausbeutern ist seinem Wesen nach eliminierend und muss eine Tendenz zur relativen Konzentration der ausbeutenden Unternehmen sowie eine Tendenz zur Zentralisierung innerhalb jedes ausbeutenden Unternehmens bewirken. Die Entwicklung von *Staaten* anstelle von kapitalistischen Unternehmen ist das beste Beispiel für diese Tendenz: Es gibt heute eine wesentlich geringere Anzahl von Staaten, die ausbeuterische Kontrolle über viel größere Territorien ausüben als in früheren Jahrhunderten. Und innerhalb jedes Staatsapparates gab es in der Tat eine ständige Tendenz zur Ausweitung der Befugnisse der Zentralregierung auf Kosten ihrer regionalen und lokalen Untergliederungen.

Aber auch außerhalb des Staatsapparates hat sich aus demselben Grund eine Tendenz zur relativen Konzentration gezeigt – nicht, wie inzwischen klar sein sollte, aufgrund irgendeiner dem Kapitalismus innewohnenden Eigenschaft, sondern weil die herrschende Klasse ihre Herrschaft durch die Schaffung einer Allianz von Staat, Banken und Wirtschaftsunternehmen und insbesondere durch die Einrichtung eines Zentralbankensystems auf die Zivilgesellschaft ausgedehnt hat. Wenn es dann zu einer Konzentration und Zentralisierung der Staatsmacht kommt, ist es nur natürlich, dass dies von einem parallelen Prozess der relativen Konzentration und Kartellisierung von Banken und Industrie begleitet wird. Mit der Ausweitung der staatlichen Befugnisse nehmen auch die Befugnisse des damit verbundenen Banken- und Unternehmensapparats zu, wirtschaftliche Konkurrenten durch nicht-produktive und/oder nicht-vertragliche

Enteignungen auszuschalten oder zu benachteiligen. Wirtschaftskonzentration ist das Spiegelbild einer „Verstaatlichung“ des Wirtschaftslebens.¹⁹

Das Hauptmittel für die Ausweitung der Staatsmacht und die Beseitigung rivalisierender Ausbeutungszentren sind Krieg und militärische Herrschaft. Die zwischenstaatliche Konkurrenz impliziert eine Tendenz zu Krieg und Imperialismus. Als Ausbeutungszentren sind ihre Interessen von Natur aus antagonistisch. Da jeder von ihnen intern über das Instrument der Besteuerung und die absolute Macht des Geldfälschens verfügt, ist es den herrschenden Klassen möglich, andere für ihre Kriege zahlen zu lassen. Wenn man seine riskanten Unternehmungen nicht selbst bezahlen muss, sondern andere dazu zwingen kann, neigt man natürlich dazu, mehr Risiken einzugehen und schießwütiger zu sein, als man es sonst vielleicht wäre.²⁰ Im Gegensatz zu einem Großteil der so genannten bürgerlichen Sozialwissenschaften stellt der Marxismus die Tatsachen richtig dar: Es gibt in der Geschichte tatsächlich eine Tendenz zum Imperialismus und die führenden imperialistischen Mächte sind tatsächlich die fortgeschrittensten kapitalistischen Nationen. Doch die Erklärung ist wieder einmal fehlerhaft. Es ist der Staat als eine von den kapitalistischen Regeln des Eigentumserwerbs befreite Institution, die von Natur aus aggressiv ist. Und die historischen Belege für eine enge Korrelation zwischen Kapitalismus und Imperialismus widersprechen dem nur scheinbar. Es lässt sich leicht erklären, dass ein Staat, um erfolgreich aus zwischenstaatlichen Kriegen hervorzugehen, über ausreichende (relative) wirtschaftliche Ressourcen verfügen muss. Unter sonst gleichen Bedingungen wird der Staat mit den umfangreicheren Ressourcen gewinnen. Als ausbeuterisches Unternehmen ist ein Staat von Natur aus zerstörerisch für Reichtum und Kapitalakkumulation. Reichtum wird ausschließlich von der Zivilgesellschaft produziert; und je schwächer die ausbeuterischen Kräfte des Staates sind, desto mehr Reichtum und Kapital akkumuliert die Gesellschaft. So paradox es auf den ersten Blick klingen mag: Je schwächer oder liberaler ein Staat im Innern ist, desto weiter ist der Kapitalismus entwickelt; eine entwickelte kapitalistische Wirtschaft, aus der man schöpfen kann, macht den Staat reicher; und ein reicherer Staat führt dann zu mehr und erfolgreicherer Expansionskriegen. Diese Beziehung erklärt, warum zunächst die Staaten Westeuropas und insbesondere Großbritannien die führenden imperialistischen Mächte waren und warum diese Rolle im 20. Jahrhundert von den Vereinigten Staaten übernommen wurde.

Und eine ähnlich einfache, aber wiederum ganz und gar nicht marxistische Erklärung gibt es für die häufige marxistische Beobachtung, dass das Banken- und Wirtschaftsestablishment in der Regel zu den eifrigsten Befürwortern militärischer Stärke und imperialer Expansion gehört. Diese Unterstützung erfolgt nicht, weil die Ausdehnung kapitalistischer Märkte Ausbeutung erfordert, sondern weil die Ausdehnung staatlich geschützter und privilegierter Unternehmen voraussetzt, dass dieser Schutz auch auf das Ausland ausgedehnt wird und dass ausländische Konkurrenten durch nicht-vertraglichen und nicht-produktiven Eigentumserwerb in gleicher Weise oder stärker behindert werden als die interne Konkurrenz. Konkret unterstützt das Establishment den Imperialismus, wenn diese Unterstützung zu einer Position der militärischen Vorherrschaft des eigenen verbündeten Staates über einen anderen zu führen verspricht. Denn dann wird es möglich, aus einer Position der militärischen Stärke heraus ein System zu etablieren, das man als Währungsimperialismus bezeichnen kann. Der dominierende Staat wird seine überlegene Macht nutzen, um eine Politik der international koordinierten Inflation durchzusetzen. Die eigene Zentralbank gibt den Takt im Geldfälschungsprozess vor und die Zentralbanken

der beherrschten Staaten werden angewiesen, ihre Währung als ihre eigenen Reserven zu verwenden und darüber hinaus zu inflationieren. Zusammen mit dem dominierenden Staat und als erste Empfänger der gefälschten Reservewährung können die mit ihm verbundenen Banken und Unternehmen eine nahezu kostenfreie Enteignung ausländischer Vermögensbesitzer und Einkommenserzeuger vornehmen. Der ausgebeuteten Klasse in den beherrschten Gebieten wird eine doppelte Schicht der Ausbeutung durch einen fremden Staat und eine fremde Elite auferlegt, was zu einer anhaltenden wirtschaftlichen Abhängigkeit und einer relativen wirtschaftlichen Stagnation im Vergleich zur dominierenden Nation führt. Es ist diese – sehr unkapitalistische – Situation, die den Status der Vereinigten Staaten und des US-Dollars kennzeichnet und die zu den richtigen Anschuldigungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Ausbeutung der USA und des Dollar-Imperialismus führt.²¹

Schließlich führt die zunehmende Konzentration und Zentralisierung der Ausbeutungsmächte zu wirtschaftlicher Stagnation und schafft damit die objektiven Voraussetzungen für den endgültigen Untergang dieser Mächte und die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft, die in der Lage ist, ungeahnten wirtschaftlichen Wohlstand zu produzieren.

Entgegen marxistischer Behauptungen wird diese Gesellschaft nicht das Ergebnis historischer Gesetze sein. Tatsächlich gibt es keine so unerbittlichen historischen Gesetze, wie Marxisten sie sich vorstellen.²² Es wird auch nicht das Ergebnis einer Tendenz sein, dass die Profitrate mit einer erhöhten organischen Zusammensetzung des Kapitals sinkt (also eine Erhöhung des Verhältnisses von konstantem zu variablem Kapital), wie Marx dachte. So wie die Arbeitswerttheorie irreparabel falsch ist, so ist auch das auf ihr beruhende Gesetz von der Tendenz des Falles der Profitrate falsch. Die Quelle von Wert, Zinsen und Gewinn ist nicht ausschließlich die Aufwendung von Arbeit, sondern viel allgemeiner: das Handeln, d.h. der Einsatz knapper Mittel bei der Verfolgung von Zielen durch Akteure, die durch Zeitpräferenz und Unsicherheit (unvollkommenes Wissen) eingeschränkt sind. Es gibt also keinen Grund zu der Annahme, dass Veränderungen in der organischen Zusammensetzung des Kapitals in einem systematischen Zusammenhang mit Veränderungen bei Zinsen und Gewinnen stehen sollten.

Stattdessen steigt die Wahrscheinlichkeit von Krisen, die die Entwicklung eines höheren Klassenbewusstseins (d.h. die subjektiven Bedingungen für den Sturz der herrschenden Klasse) stimulieren, weil – um einen von Marx' Lieblingsbegriffen zu verwenden – die „Dialektik“ der Ausbeutung, die ich vorhin bereits angesprochen habe, zunimmt: Ausbeutung ist destruktiv für die Reichtumsbildung. Im Wettbewerb der ausbeuterischen Unternehmen, d.h. der Staaten, übertreffen die weniger ausbeuterischen oder liberaleren die ausbeuterischeren, weil sie über mehr Ressourcen verfügen. Der Prozess des Imperialismus hat zunächst eine relativ befreiende Wirkung auf Gesellschaften, die unter seine Kontrolle kommen. Ein relativ kapitalistischeres Gesellschaftsmodell wird in relativ weniger kapitalistische (mehr ausbeuterischere) Gesellschaften exportiert. Die Entwicklung der Produktivkräfte wird stimuliert, die wirtschaftliche Integration gefördert, die Arbeitsteilung ausgeweitet und ein echter Weltmarkt etabliert. Die Bevölkerungszahlen steigen als Reaktion darauf und die Erwartungen an die wirtschaftliche Zukunft erreichen beispiellose Höhen.²³ In dem Maße, in dem sich die ausbeuterische Herrschaft durchsetzt und die zwischenstaatliche Konkurrenz im Zuge des imperialistischen Expansionsprozesses verringert oder gar ausgeschaltet wird, verschwinden jedoch allmählich die äußeren Zwänge, die der Macht des herrschenden Staates durch interne Ausbeutung und

Enteignung entgegenstehen. Interne Ausbeutung, Besteuerung und Regulierung beginnen zuzunehmen, je näher die herrschende Klasse ihrem ultimativen Ziel der Weltherrschaft kommt. Wirtschaftliche Stagnation setzt ein und die weltweit höheren Erwartungen werden frustriert. Und dies – hohe Erwartungen und eine wirtschaftliche Realität, die zunehmend hinter diesen Erwartungen zurückbleibt – ist die klassische Situation für das Entstehen eines revolutionären Potenzials.²⁴ Es entsteht ein verzweifelter Bedarf an ideologischen Lösungen für die sich abzeichnenden Krisen, und es setzt sich die Erkenntnis durch, dass staatliche Herrschaft, Besteuerung und Regulierung – weit davon entfernt, eine solche Lösung zu bieten – in Wirklichkeit genau das Problem darstellen, das es zu überwinden gilt. Wenn in dieser Situation der wirtschaftlichen Stagnation, der Krisen und der ideologischen Desillusionierung²⁵ eine positive Lösung in Form einer systematischen und umfassenden libertären Philosophie in Verbindung mit ihrem ökonomischen Gegenstück, der österreichischen Schule der Nationalökonomie, angeboten wird, und wenn diese Ideologie von einer aktivistischen Bewegung propagiert wird, dann werden die Aussichten, das revolutionäre Potential zum Aktivismus zu entfachen, überwältigend positiv und vielversprechend. Der anti-etatistische Druck wird zunehmen und eine unwiderstehliche Tendenz zur Demontage der Macht der herrschenden Klasse und des Staates als Instrument ihrer Ausbeutung hervorrufen.²⁶

Wenn und soweit dies jedoch geschieht, bedeutet das nicht – entgegen dem marxistischen Modell – gesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln. Wie bereits erläutert, ist gesellschaftliches Eigentum nicht nur wirtschaftlich ineffizient, sondern auch unvereinbar mit der Vorstellung, dass der Staat „absterben“ würde.²⁷ Denn wenn Produktionsmittel kollektiv besessen werden und realistischere davon ausgegangen wird, dass nicht alle Vorstellungen darüber, wie diese Mittel in der Produktion eingesetzt werden können, zufällig (wie durch ein Wunder) übereinstimmen, dann sind es gerade gesellschaftlich besessene Produktionsfaktoren, die ein fortgesetztes staatliches Handeln erfordern, d.h. eine Institution, die den Willen einer Person zwangsweise einem anderen aufzwingt. Stattdessen bedeutet das Absterben des Staates und damit das Ende der Ausbeutung und der Beginn der Freiheit und des nie dagewesenen wirtschaftlichen Wohlstands die Errichtung einer reinen Privateigentumsgesellschaft, die nur durch das Privatrecht reguliert wird.

Anmerkungen

1. Siehe im Folgenden K. Marx und F. Engels, *Das Kommunistische Manifest* (1848); K. Marx, *Das Kapital*, 3 Bände (1867; 1885; 1894); als zeitgenössische Marxisten: E. Mandel, *Marxist Economic Theory* (London: Merlin, 1962); idem, *Late Capitalism* (London: New Left Books, 1975); P. Baran und P. Sweezy, *Monopoly Capital* (New York: Monthly Review Press, 1966); aus einer jetzt marxistischen Perspektive: L. Kolakowski, *Main Currents of Marxism*, G. Wetter, *Sovietideologie heute* (Frankfurt/M.: Fischer, 1962). Bd. 1; W. Leonhard, *Sovietideologie heute* (Frankfurt/M.: Fischer, 1962). Bd. 2.

2. *Das Kommunistische Manifest*, Abschnitt I.

3. *Das Kommunistische Manifest*, Abschnitt 2, letzte 2 Absätze; F. Engels, *Von der Autorität* in Marx und Engels, *Ausgewählte Schriften*, 2 Bde. (Ost-Berlin: Dietz, 1953), Bd. I, S. 606; idem, *Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft*, ebd. Bd. 2, S. 139.

4. Vgl. K. Marx, *Das Kapital*, Bd. 1; die kürzeste Darstellung ist sein *Lohn, Preis, Profit* (1865). Um die spezifischere marxistische These zu beweisen, dass ausschließlich der Eigentümer von Arbeitsdienstleistungen ausgebeutet wird (aber nicht der Eigentümer des anderen ursprünglichen Produktionsfaktors: Land), wäre tatsächlich noch ein weiteres Argument erforderlich. Denn wenn es wahr wäre, dass die Diskrepanz zwischen Faktor- und Produktionspreisen ein ausbeuterisches Verhältnis darstellt, würde dies nur zeigen, dass der Kapitalist, der Arbeitsdienstleistungen von einem Eigentümer von Arbeit und Landdienstleistungen von einem Eigentümer von Land mietet, entweder Arbeit oder Land oder Arbeit und Land gleichzeitig ausbeuten würde. Es ist natürlich die Arbeitswerttheorie, die hier das fehlende Glied liefern soll, indem sie versucht, die Arbeit als einzige Wertquelle zu etablieren. Ich werde mir die Aufgabe ersparen, diese Theorie zu widerlegen. Heute sind nur noch wenige übrig, selbst unter denen, die behaupten, Marxisten zu sein, die die Fehlerhaftigkeit der Arbeitswerttheorie nicht anerkennen. Vielmehr werde ich um des Arguments willen den Vorschlag akzeptieren, den beispielsweise der selbsternannte „analytische Marxist“ J. Roemer in *A General Theory of Exploitation and Class* (Cambridge: Harvard University Press, 1982) und *Value, Exploitation and Class* (London: Harwood Academic Publishers, 1985) machte, dass die Theorie der Ausbeutung analytisch von der Arbeitswerttheorie getrennt werden kann und dass eine „verallgemeinerte Warenausbeutungstheorie“ formuliert werden kann, die unabhängig davon gerechtfertigt werden kann, ob die Arbeitswerttheorie wahr ist oder nicht. Ich möchte demonstrieren, dass die marxistische Ausbeutungstheorie unsinnig ist, selbst wenn man ihre Befürworter davon entbinden würde, die Arbeitswerttheorie beweisen zu müssen und sogar selbst dann wenn die Arbeitswerttheorie wahr wäre. Selbst eine verallgemeinerte Warenausbeutungstheorie bietet keinen Ausweg aus der Schlussfolgerung, dass die marxistische Ausbeutungstheorie völlig falsch ist.

5. Siehe dazu E. v. Boehm-Bawerk, *The Exploitation theory of Socialism-Communism* (South Holland: Libertarian Press, 1962).

6. L. v. Mises, *Human Action* (Chicago: Regnery, 1966), S. 407; siehe auch M. N. Rothbard, *Man, Economy and State* (Los Angeles: Nash, 1970), S. 300-01.

7. Siehe zur Zeitpräferenztheorie des Zinses neben den in den Anmerkungen 5 und 6 zitierten Werken auch F. Fetter, *Capital, Interest and Rent* (Kansas City: Sheed Andrews and McMeel, 1977).

8. Siehe dazu H. H. Hoppe, *Theory of Socialism and Capitalism* (Boston: Kluwer, 1988); idem. „Why Socialist Must Fail“, *Free Market*, Juli 1988; idem, „The Economics and Sociology of Taxation“, in *Taxation: An Austrian View*, herausgegeben von Lew Rockwell (Auburn: Mises Institute, 1990). Bald erscheinend.

9. Mises' Beiträge zur Theorie von Ausbeutung und Klasse sind unsystematisch. In seinen Schriften präsentiert er jedoch soziologische und historische Interpretationen, die, wenn auch nur implizit, Klassenanalysen sind. Bemerkenswert ist hier insbesondere seine akute Analyse der Zusammenarbeit zwischen Regierung und Bankennelite bei der Zerstörung des Goldstandards, um ihre Inflationskräfte als Mittel der betrügerischen, ausbeuterischen Einkommens- und Vermögensumverteilung zu ihren Gunsten zu erhöhen. Siehe zum Beispiel seine *Monetary Stabilization and Cyclical Policy* (1928) in idem, *On the Manipulation of Money and Credit*, herausgegeben von B. Greaves (Dobbs Feny: Free Market Books, 1978); siehe auch sein Werk *Socialism* (Indianapolis: Liberty Fund, 1981). Kap. 20: *The Clash of Group Interests and Other Essays*, Occasional Paper Nr. 7 (New York: Center for Libertarian Studies, 1978). Doch Mises gibt der Klassenanalyse und der Ausbeutungstheorie keinen systematischen Status, weil er die Ausbeutung letztendlich als bloßen intellektuellen Fehler missversteht, den eine korrekte ökonomische Argumentation zerstreuen kann. Dass Ausbeutung auch und wahrscheinlich noch mehr ist und Machteliten integraler Bestandteil ökonomischer Theorie und historisch-soziologischer Erklärungen sind, erkennt er vollständig; und er erweitert den österreichischen Fall gegen Ausbeutung systematisch um Ethik neben ökonomischer Theorie, also eine Theorie der Gerechtigkeit neben einer Theorie der Effizienz, so dass auch die herrschende Klasse als unmoralisch angegriffen werden kann. Zu Rothbards Theorie von Macht, Klasse und Ausbeutung siehe insbesondere sein Werk *Power and Market* (Kansas City: Sheed Andrews and McMeel, 1977); *For a New Liberty* (New York: McMillan, 1978); *The Mystery of Banking* (New York: Richardson and Snyder, 1983); *America's Great Depression* (Kansas City: Sheed and Ward, 1975). Zu wichtigen Vorläufern der österreichischen Klassenanalyse im 19. Jahrhundert siehe L. Liggio, „Charles Dunoyer and French Classical Liberalism“, *Journal of Libertarian Studies* 1, Nr. 3, 1977; R. Raico, „Classical Liberal Exploitation Theory“, ebd.: M. Weinburg, „The Social Analysis of Three Early 19th Century French Liberals: Say, Comte, and Dunoyer“, *Journal of Libertarian Studies* 2, Nr. 1, 1978; J.T. Salerno, „Comment on the French Liberal School“, ibid.; D.M. Hart, „Gustave de Molinari and the Anti-Statist Liberal Tradition“, 2 Teile, *Journal of Libertarian Studies* 5, Nr. 3 und 4, 1981.

10. Siehe hierzu auch H. H. Hoppe, *Theory of Socialism and Capitalism*; idem „The Justice of Economic Efficiency“, *Austrian Economics Newsletter*, 1, 1988; idem, „The Ultimate Justification of the Private Property Ethics“, *Liberty*, September 1988.

11. Siehe zu diesem Thema auch Lord (John) Acton, *Essays in the History of Liberty* (Indianapolis: Liberty Fund, 1985); F. Oppenheimer, *System der Soziologie, Bd. II: Der Staat* (Stuttgart: G. Fischer, 1964); A. Ruestow, *Freedom and Domination* (Princeton: Princeton University Press, 1986).

12. Siehe hierzu M. N. Rothbard. „Left and Right: The Prospect for Liberty“ in idem. *Egalitarianism as a Revolt Against Nature and Other Essays* (Washington, D.C.: Libertarian Review Press, 1974).

13. Trotz aller gegenteiligen sozialistischen Propaganda kommt die Unwahrheit der marxistischen Beschreibung von Kapitalisten und Arbeitern als antagonistische Klassen auch in bestimmten empirischen Beobachtungen zum Tragen: Logischerweise können die Menschen auf unendlich unterschiedliche Weise in Klassen eingeteilt werden. Nach der orthodoxen positivistischen Methodik (die ich für falsch halte, aber bereit bin, hier um der Argumentation willen zu akzeptieren) ist dieses Klassifizierungssystem besser, was uns hilft, bessere Vorhersagen zu treffen. Dennoch ist die Klassifizierung von Menschen als Kapitalisten oder Arbeiter (oder als Vertreter unterschiedlicher Grade von Kapitalisten- oder Arbeiterschaft) praktisch nutzlos, um vorherzusagen, welchen Stand eine Person in grundlegenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen einnehmen wird. Im Gegensatz dazu ist die korrekte Einstufung von Menschen als Steuerproduzent oder -konsument in der Tat auch ein starker Indikator. Soziologen haben dies aufgrund fast allgemein geteilter marxistischer Vorurteile weitgehend übersehen. Aber die alltägliche Erfahrung bestätigt meine These in überwältigender Weise: Wenn man herausfindet, ob jemand Angestellter des öffentlichen Dienstes ist oder nicht (und welchen Rang und welches Gehalt er hat) und ob und inwieweit das Einkommen und Vermögen einer Person außerhalb des öffentlichen Sektors durch Einkäufe des öffentlichen Sektors und/oder durch Regulierungsmaßnahmen bestimmt wird, werden die Menschen systematisch unterschiedlich auf grundlegende politische Fragen reagieren, je nachdem, ob sie als direkte oder indirekte Steuerverbraucher oder als Steuerproduzenten eingestuft werden!

14. F. Oppenheimer, *System der Soziologie* Bd. 2, S. 322-23, stellt die Sache so dar: „Die Grundnorm des Staates ist die Macht. Das heißt, von der Seite seines Ursprungs aus gesehen: Gewalt in Macht transformiert. Gewalt ist eine der mächtigsten Kräfte, die die Gesellschaft prägen, aber sie ist nicht selbst eine Form der sozialen Interaktion. Sie muss zum Recht im positiven Sinne werden, d.h. soziologisch gesprochen, sie muss die Entwicklung eines Systems der „subjektiven Gegenseitigkeit“ ermöglichen: und das ist nur möglich durch ein System der Selbstbeschränkung der Gewaltanwendung und der Übernahme bestimmter Pflichten im Austausch für die ihr zugestandenen Rechte. Auf diese Weise wird Gewalt in Macht umgewandelt, und es entsteht ein Herrschaftsverhältnis, das nicht nur von den Herrschenden, sondern auch unter nicht allzu stark unterdrückenden Umständen von ihren Untertanen als Ausdruck einer „gerechten Gegenseitigkeit“ akzeptiert wird. Aus dieser Grundnorm gehen nun, wie in ihr impliziert, sekundäre und tertiäre Normen hervor: Normen des Privatrechts, des Erb-, Straf-, Schuld- und Verfassungsrechts, die alle den Stempel der Grundnorm von Macht und Herrschaft tragen und die alle darauf abzielen, die Struktur des Staates so zu beeinflussen, dass die ökonomische Ausbeutung auf das Höchstmaß gesteigert wird, das mit dem Fortbestand der gesetzlich geregelten Herrschaft vereinbar ist.“ Die Einsicht ist von grundlegender Bedeutung, dass „das Recht aus zwei im Wesentlichen unterschiedlichen Wurzeln erwächst... : einerseits aus dem Recht des Zusammenschlusses von Gleichen, das man ein ‚natürliches‘ Recht nennen kann, auch wenn es kein ‚natürliches Recht‘ ist, und andererseits aus dem Recht der Gewalt, die in regulierte Macht transformiert wird, dem Recht des Ungleichen.“

Zum Verhältnis zwischen privatem und öffentlichem Recht siehe auch F. A. Hayek, *Law, Legislation and Liberty* 3 Bde. (Chicago: University of Chicago Press, 1973-79). insbesondere Bd. 1, Kap. 6 und Bd. 2. S. 85-88.

15. Siehe J. Buchanan und G. Tullock, *The Calculus of Consent* (Ann Arbor: University of Michigan Press, 1965). S. 19.
16. Vgl. H. H. Hoppe, *Eigentum, Anarchie und Staat* (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1987); idem, *Theory of Socialism and Capitalism*.
17. Siehe H. H. Hoppe, „Banking, National States and International Politics“, *Review of Austrian Economics*, Bd. 4, 1989; M. N. Rothbard, *The Mystery of Banking*, Kap. 15-16.
18. Siehe hierzu insbesondere M. N. Rothbard, *Man, Economy and State*, Kap. 10, insb. der Abschnitt „The Problem of One Big Cartel“; auch L. v. Mises, *Socialism*, Kap. 22-26.
19. Siehe dazu G. Kolko, *The Triumph of Conservatism* (Chicago: Free Press, 1967); J. Weinstein, *The Corporate Ideal in the Liberal State* (Boston: Beacon Press, 1968); R. Radosh und M. N. Rothbard, Hrsg., *A New History of Leviathan* (New York: Dutton, 1972) L. Liggio und J. J. Martin, Hrsg., *Watershed of Empire* (Colorado Springs: Ralph Myles, 1976).
20. Zum Verhältnis von Staat und Krieg vgl. E. Krippendorff, *Staat und Krieg* (Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1985); Kap. Tilly, „War Making and State Making as Organized Crime“, in P. Evans et al. (Hrsg.), *Bringing the State Back In* (Cambridge: Cambridge University Press, 1985); auch R. Higgs, *Crisis and Leviathan* (New York: Oxford University Press, 1987).
21. Zu einer weiter ausgearbeiteten Version dieser Theorie des Militär- und Geldimperialismus vgl. H. H. Hoppe, „Banking, National States and International Politics“, *Review of Austrian Economics*, Bd. 4, 1990.
22. Siehe hierzu insbesondere L. v. Mises, *Theory and History* (Auburn: Mises Institute, 1985) insb. Teil 2.
23. Es sei hier angemerkt, dass Marx und Engels vor allem in ihrem *Kommunistischen Manifest* den historisch fortschrittlichen Charakter des Kapitalismus verfochten und voller Lob für seine beispiellosen Errungenschaften waren. In der Tat kommt J. A. Schumpeter, wenn er die einschlägigen Passagen des Manifests Revue passieren lässt, zu dem Schluss: „Niemals, ich wiederhole, und insbesondere von keinem modernen Verteidiger der bürgerlichen Zivilisation ist etwas Ähnliches geschrieben worden, niemals ist etwas im Namen der Unternehmerklasse verfasst worden, der von einem so tiefen und so breiten Verständnis dessen ausgeht, was ihre Errungenschaft ist und was sie für die Menschheit bedeutet.“ „The Communist Manifesto in Sociology and Economics“, in *Essays of J. A. Schumpeter*, herausgegeben von R. V. Clemence (Fort Washington, N.Y.: Kennikat Press, 1951), S. 293. Angesichts dieser Sicht des Kapitalismus ging Marx sogar so weit, die britische Eroberung Indiens beispielsweise als historisch fortschrittliche Entwicklung zu verteidigen. Siehe Marx' Beiträge zur *New York Daily Tribune* vom 25. Juni 1853. 11. Juli 1853. 8. August 1853 (Marx und Engels, *Werke*, Bd. 9, [Ost-Berlin: Dietz, 1960]). Als zeitgenössischer Marxist, der eine ähnliche Haltung zum Imperialismus einnimmt, siehe B. Warren, *Imperialism: Pioneer of Capitalism* (London: New Left Books, 1981).
24. Siehe zur Theorie der Revolution insbesondere Charles Tilly, *From Mobilization to Revolution* (Reading, Mass.: Addison-Wesley, 1978); idem, *As Sociology Meets History* (New York: Academic Press, 1981).
25. Für eine neomarxistische Einschätzung der gegenwärtigen Ära des „Spätkapitalismus“, die durch „eine neue ideologische Desorientierung“ gekennzeichnet ist, die aus der

permanenten wirtschaftlichen Stagnation und der Erschöpfung der Legitimationskräfte des Konservatismus und des Sozialdemokratismus (d.h. des ‚liberalism‘ in der amerikanischen Terminologie) hervorgeht, siehe J. Habermas, *Die Neue Unübersehbarkeit* (Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1985); auch idem, *Legitimation Crisis* (Boston: Beacon Press, 1975); C. Offe, *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates* (Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1972).

26. Zur österreichisch-libertären Einschätzung des Krisencharakters des Spätkapitalismus und zu den Aussichten auf den Aufstieg eines revolutionär libertären Klassenbewusstseins vgl. M. N. Rothbard, „Left and Right“; idem. *For a New Liberty*, Kap. 15; idem. *Ethics of Liberty* (Atlantic Highlands: Humanities Press, 1982), Teil 5.

27. Zu den inneren Widersprüchen der marxistischen Staatstheorie vgl. auch H. Kelsen, *Sozialismus und Staat* (Wien, 1965).